

# Liechtensteiner Vaterland

## Organ für amtliche Publikationen

Erscheint wöchentlich 2 mal: Mittwoch und Samstag

**Bezugspreis:**  
Liechtenstein und Schweiz jährlich Fr. 10.—, halbjährlich Fr. 5.—, vierteljährlich Fr. 2.50, übriges Ausland Fr. 18.—, 6.50 und 3.50

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Colonne für Liechtenstein 10 Rp., angrenz. Rheintal (Tribbach bis Semnach, sowie Feldkirch) 15 Rp., übrige Schweiz 18 Rp., Ausland 20 Rp. Reklame: Liechtenstein 20 Rp., Schweiz und Ausland 35 Rp.

Abonnements nehmen entgegen: Sämtliche Postbüros und die Redaktion in Baduz — Tel. Nr. 175 in Buchs — Tel. Nr. 74 — und müssen spätestens je Dienstag und Freitag vormittags eingehen. — Alleinige Postfach-Konto IX/5478. Inserate nehmen entgegen: Die Redaktion und die Buchdruckerei J. Ruhn's Erben in Buchs — Tel. Nr. 74 — und müssen spätestens je Dienstag und Freitag vormittags eingehen. — Alleinige Inseratenannahme für das Rheintal, Schweiz und Ausland „Publicitas“ A.-G., St. Gallen und andere Filialen.

### Ein offenes Wort.

Ein altes lateinisches Sprichwort heisst: „Sic tacuisse philosophus manifestum!“ Frei übersetzt: „es wäre besser Du hättest geschwiegen“. Ein Sprichwort, das man mit Fug und Recht auf den Leitartikel des „Liechtensteiner Volksblatt“ vom letzten Samstag anwenden kann.

Das „Volksblatt“ kann sich nicht enthalten, in persönlicher und gehässiger Art gegen Herrn Dr. Ritter loszuziehen, trotzdem es ja immer behauptet, es kämpfe sachlich u. unparteiisch. Es mag allerdings an sich zur Entschuldigung dienen, daß die Polemik gegen Dr. Ritter durch einen Fehler des Berichterstatters über die Verammlung der Vaterländischen Union vom 5. d. M. ausgelöst wurde. Dr. Ritter hat auf dieser Verammlung den Verlauf der Friedensverhandlungen in durchaus sachlicher und objektiver Art geschildert, hat betont, daß wir den Eindruck gewonnen hätten, daß auf der Seite der Unterhändler der Regierung und der Bürgerpartei ein ehrlicher Friedenswille herrsche. Doch seien diese Herren offenbar den Strömungen in der eigenen Partei nicht Herr geworden. Abschließend bemerkte dann Dr. Ritter, daß uns die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen wohl nicht zugeschoben werden könne. Dies der wirkliche Sachverhalt.

Aber auch ein kleiner Fehler in der Berichterstattung durfte das „Volksblatt“ nicht veranlassen, unter Bruch gegebener Zusicherungen die Stellung der Unterhändler in den Verhandlungen zum Inhalt einer Pressepolemik zu machen. Es wurde zu Beginn der ersten Verhandlung Befürchtung ausgesprochen, die Parteipresse könne sich früher oder später bei einem eventuellen Scheitern der Verhandlungen zu einer Polemik über den Inhalt der Verhandlungen hinreissen lassen, dann könnten die Vertreter der Opposition nicht aus sich herausgehen. Diese Befürchtung wurde durch die gegenseitig gegebene Zusicherung beseitigt, daß das, was in den Verhandlungen von den einzelnen Unterhändlern gesprochen und behauptet werde, dürfe nicht in der Parteipresse zu Polemik verwendet werden.

Wir haben diese Zusicherung bis heute eingehalten, nur dem Liechtensteiner Volksblatt blieb es vorbehalten, sich unbedenklich über dieses Versprechen hinweg zu setzen. Es ist zu bemerken, daß Dr. Ritter in seinem Referat es vermieden hat, Unterhändler der Gegenseite bloß zu stellen oder ihre Beweisführung der Verammlung bekannt zu geben.

Nunmehr veröffentlicht das „Liechtensteiner Volksblatt“ in direkter Rede Feststellung Herrn Dr. Schäfers und von mir. An sich haben wir gar nichts dagegen einzuwenden, beweist das, was wir gesagt haben, doch nur unsern absoluten Friedenswillen. Wir werden uns aber trotzdem hüten, künftighin in solcher Offenheit mit Vertretern der Gegenseite zu reden, wenn schon trotz gegenseitigen Versprechens unsere Stellungnahme in der Verhandlung zu einer

Pressepolemik dienen soll. Eine Lehre für alle Zukunft.

Nachdem aber das Blatt der Bürgerpartei nunmehr in dieser Welt polemisiert, müssen auch wir unsere Reserve ablegen, wie haben keine Veranlassung mehr, zu schweigen.

Vielleicht können sich die Unterhändler der Gegenseite erinnern, daß die Vertreter der Opposition von Anfang an auf dem Standpunkt standen, die Friedensverhandlungen könnten nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn sie rasch, in spätestens 14 Tagen bis drei Wochen, beendet seien. Gebe es länger, so wachse das gegenseitige Mißtrauen, und die Verhandlungen verlören ihren Boden im Volk, dies gelte gerade auch in bezug auf die Einheitspresse. So ist es tatsächlich auch gekommen. Die Verhandlungen wurden immer weiter hinausgezogen, die Unterhändler der Opposition immer vor neue Bedingungen gestellt, damit verloren die Verhandlungen tatsächlich ihre psychologische Grundlage, das Mißtrauen wuchs immer mehr an, so daß die Lage Anfangs Dezember viel schlimmer war als zu Beginn der Verhandlungen. Das ist der tiefste Grund, warum die Verhandlungen über den Frieden und über die Einheitspresse im besondern scheiterten, nach unserer Voraussage notwendig scheitern mußten.

Was die Einheitspresse angeht, wurde in der ersten Verhandlung eingehend darüber gesprochen, doch konnte man sich nicht darüber einigen. In der zweiten Verhandlung wurde diese Frage kurz behandelt, ohne daß man zu einem Ergebnis kam. Dann wurde in der zweiten Verhandlung und in der dritten nicht mehr darüber gesprochen, so daß wir den Eindruck bekommen mußten, daß diese Frage vorläufig negativ erledigt sei und man nurmehr über die Vertretung in den Behörden zu sprechen habe. In der dritten Verhandlung im „Löwen“ wurde ohne Einheitspresse, ohne Heruntersetzung des Quorums für die Beschlußfähigkeit des Landtages und ohne Erweiterung des Landtages eine Basis für die Zusammenarbeit gefunden. Es wurde zwischen allen Unterhändlern in vollem Einverständnis eine Vereinbarung getroffen, wonach die Regierung erweitert werden solle. Die Bürgerpartei würde Regierungschef, Chefstellvertreter und zwei Regierungsräte stellen, die Opposition nur zwei Regierungsräte; die Mandate im Landtag würden 8:7 verteilt. Um ihre absolut loyale Haltung zu beweisen, würde sich die Opposition bereit erklären, gemeinsam mit den Vertretern der Bürgerpartei eine Erklärung an seine Durchlaucht den Landesfürsten abzugeben, wonach dieser ersucht würde, den Landtag aufzulösen, falls sich dessen Arbeitsunfähigkeit erweisen sollte.

Diese Abmachung wurde in vollem Einverständnis getroffen. Ueber Anfrage des Herrn Regierungschefstellvertreters Pfarrer Frommelt erklärten alle Unterhändler, daß sie persönlich der Ansicht seien, diese Abmachung könne

man verantworten und sie hielten sie für allseits gerecht. Es wurden aber Bedenken ausgesprochen, die Delegiertenversammlung der Bürgerpartei könnte das Verhältnis 8:7 ablehnen und die des Heimatdienstes die Erweiterung der Regierung. Ueber diese Bedenken erklärte Herr Präsident Frommelt inhaltlich folgendes: „Es wäre schade, wenn die Verhandlungen an der Intransparenz der Delegiertenversammlung scheitern würden; wir haben hier nun eine Grundlage gefunden, die jeder von uns verantworten will, weil er sie für möglich und gerecht betrachtet. Was nun, wenn die Delegiertenversammlungen unsere Vereinbarungen nicht gelten lassen? Ich glaube, dann müssen wir den Mut haben, über die Ränge der Delegiertenversammlungen hinweg direkt an das Volk zu appellieren. Wir müssen den Mut zu dieser Verantwortung aufbringen, was wir als gerecht und möglich ansehen, auch gegen die Delegiertenversammlungen vor dem Volk zu vertreten.“ Nachdem man sich längere Zeit darüber ausgesprochen hatte und die Folgen eines solchen Vorgehens überlegt wurden, einigte man sich auf den Vorschlag des Herrn Präsidenten Pfarrer Frommelt. Dieser fragte jeden einzelnen um seine Zustimmung, nachdem er kurz referiert hatte:

„Erweiterung der Regierung, Ueberlassung von 2 Regierungsräten an die Opposition, im Landtag das Verhältnis 8:7, gemeinsame Erklärung an Seine Durchlaucht den Landesfürsten.“

Wir werden diesen Vorschlag den Delegiertenversammlungen vorbringen und wenn sie nicht einverstanden sind, vor das Volk treten.“

Dies das Ergebnis und der Inhalt der Verhandlung im Gasthaus zum Löwen, der einzigen Verhandlung, die mit einem vollen Einverständnis der Unterhändler und einer verbindlichen Vereinbarung endete. Und gerade in dieser Verhandlung nichts von Einheitspresse und anderen Bedingungen. Leider konnten die Unterhändler der Gegenseite sich nicht entschließen, die Vereinbarung einzuhalten, offenbar hatten sie die Erklärung gutgläubig abgegeben, aber die Lage nicht richtig eingeschätzt. Wir wollen ihnen durchaus keinen Vorwurf daraus machen, sondern annehmen, daß die Verhältnisse stärker waren als sie und wir.

Aber dem „Volksblatt“ möchten wir nahe legen, mit Vorwürfen der Unwahrscheinlichkeit zurückzufahren, besonders dann, wenn derartige Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Bruch einer von nahestehender Seite gegebenen Zusage steht.

Dr. A. Vogt.

### Erste Stellungnahme aus dem Ausland zur Oppositionseinigung.

Von den verschiedenen Stimmen, die aus dem Ausland Stellungnahmen zum Zusammenschluß der Nationalen Opposition interessiert und am meisten der ausführliche Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“, welchen diese in ihrer Mittagsausgabe Nr. 34 vom Mittwoch den 8. Januar auf der Titelseite zweispaltig reaktionell bringt.

Nach der Wiedergabe der näheren Umstände des Zusammenschlusses kommt das Blatt auf das Mai-Abstimmungs-Bündnis der beiden Oppositionsgruppen zu sprechen und bemerkt dazu:

„Wenn sie auch damals mit rund 1300 gegen 1200 Stimmen geschlagen wurden, so tat das Abstimmungsergebnis trotzdem zur Evidenz dar, daß die Minderheit mit 2 von 15 Sitzen im Landtag weit unter ihrer ausgewiesenen Stärke vertreten ist, ein Verhältnis, das in der Regierung, in den Gerichten und in den übrigen Ämtern und Stellen für die politischen Minderheiten womöglich noch ungünstiger aussieht.“

Nachdem berichtet wird, daß die Gesamteinigung der politischen Gruppen Liechtensteins zwar nicht in dem Maße erreicht worden sei, wie es die Urheber der Friedensverhandlungen „von höchster Stelle“ gewünscht hätten, stellt das Blatt fest:

„Immerhin ist eine Parteikonzentration für die liechtensteinischen Verhältnisse begriffswert und verspricht eher eine gezielte politische Entwicklung, als wenn die durch Zersplitterung geschwächten Minderheiten die Mehrheit zur rücksichtslosen Ausnützung ihrer Machtstellung reizen, wie das in der Vergangenheit leider allzuoft der Fall war. Das eindruckliche Zahlenverhältnis vom 30. Mai 1934 bezog denn auch die Führer der Mehrheitspartei, ein Entgegenkommen im Sinne des freiwilligen Proporzess an den Tag zu legen, nachdem noch vor der Proporzabstimmung nicht das geringste Zeichen von Verständigungswillen zu registrieren war.“

Es wird dann weiterhin unmißverständlich in der „N. Z. Z.“ festgelegt, daß man sich dort völlig im Klaren darüber ist, daß einzig und allein die Bürgerpartei die Schuld am Scheitern der Friedensverhandlungen trägt. Die „N. Z. Z.“ schreibt hierüber:

„Wenn die Friedensbestrebungen trotzdem gescheitert sind, so hängt das von den Rauten ab, die die Mehrheit zur uneingeschränkten Erhaltung ihrer Machtstellung an die erwähnten Konzessionen knüpfte.“

Es wird erwähnt, daß die Regierungspartei nicht allein das Regierungspräsidium und die Vertreter des Regierungschefs, sondern auch den Vorsitz im

### Frau Ingrid's Ehe.

Ein Wiener Roman von Hedwig Leichmann.

(Nachdruck verboten.)

Sei, wie die herumspang. Wie flint es ihr von den Händen ging. Ja, das Muß! Ihre Großmutter pflegte immer zu sagen: „Das Muß ist von allen Müßen, die Menschen knaden müssen, die allerhärteste Muß.“ Wie schwer war es oft der armen, jungen Frau gefallen! Da hatte sie weinend den Schlüssel in die Ecke geschleubert und war von dannen gestümt. Irgendwohin in den Wald. Meist kam sie dann in der Richtung von der Sabinenruhe zurück; ruhig, sanft und tat ergeben ihre Arbeit weiter. Eina wischte sich heimlich über die Augen.

Ingrid zerschneidete die jungen, zarten Glieder der ersten selbstgezeugenen Bachshühner, als Inspektor Hübner in die Küche trat. Er legte zwei runde Gänse verstoßen auf eine Bank und als Ingrid sie bemerkte und zu schelten begann, meinte er:

„Ich bit' Sie, Frau Doktor, wer soll sie denn bei uns aufessen! Und so jung sind sie am besten. Sie müssen mir schon erlauben, Ihnen hie und da aus alter Freundschaft etwas zu bringen. Andere haben Blumen, ja nun, und ich bringe Dauerhafteres. Sie müssen's mir nicht übel nehmen!“

Ingrid hatte wieder ihren traurigen Zug im Gesicht, der dem alten Mann stets ins Herz schnitt: Leise sagte sie:

„Ach Gott, ich bin Ihnen ja so dankbar. Ich darf keinen Stolz mehr haben. Und wenn es auch weniger gut und hart geblieben wäre. Was bin ich denn noch? Eine Küchenmagd. Eine Arbeitsmaschine. Wenn Mama das wüßte!“

Sorniger, als man's dem gutmütigen Mann ausgetraut hätte, erwiderte er:

„So, was Ihre Mutter dazu sagen möchte? Nun, sie würde vielleicht Gott auf den Knien danken, daß sich ihr Kind auf den rechten Weg zurückgefunden hat. Arbeit ist keine Schande. Es kommt nur darauf an, wie und wer sie tut. Jeder Mensch muß arbeiten, vom Bauer bis zum Kaiser, und wer's nicht tut, der soll nicht auf der Welt sein und den andern das Brot wegnehmen. Sie tun jetzt tochen — gut. Wenn aber alles so geht, wie wir rechnen, so sind Sie in drei Jahren, die kommen werden, mit Ihrer Schuld bei Notar Klein fertig. Ja, Sie können sich vielleicht ein hübsches Stämmchen erspart haben. Ist das nicht Segen? Haben Sie das nicht der Arbeit zu verdanken? Und dann werden Sie nicht mehr tochen brauchen, dann können Sie wieder — nein, ich will lieber gehen, sonst werde ich zornig!“

Ingrid lachte ein wenig: „Das sind Sie schon, mein guter Freund! Aber

ich will nicht mehr unzufrieden sein. Ich bin ja ganz glücklich.“

Nach einer friedlich verplauderten Viertelstunde stapfte der alte Mann wieder zur Tür hinaus. Ingrid schaute ihm gerührt nach. Ja, wenn sie den nicht gehabt hätte! Niemals hätte sie so schnell das Richtige getroffen. Und er hatte tausendmal recht. Arbeit ist Segen. Sie spürte es jeden Abend. Jetzt kannte sie das Gefühl tiefer Befriedigung nach getaner Arbeit, von der Heinrich ihr einmal gesprochen. Sie erinnerte sich jetzt überhaupt vieler Worte Heinrichs, die sie damals nicht weiter überdacht hatte. Sie wußte selbst nicht, wie das kam. Ursprünglich klar und scharf, als hätte sie jemand vor ihr niedergeschrieben, so standen sie vor ihrer Seele. Und sie freute sich jedesmal, als wär's ein Gruß von ihm, der über weite Meere und Länder zu ihr käme.

Wie so oft, wenn sie intensiv an Heinrich dachte, sagte sie wieder, mitten in der prosaischen Alltagsarbeit, ein unaussprechliches Sehnen nach ihm. Ueberhaupt jetzt, wo auf Waldfrieden alles in Sommerfröhen blühte, jetzt stand an allen Wegen, an allen Orten die Erinnerung an die erste, seltsame Liebeszeit auf. Da war es gut, daß ihr viel Arbeit wartete. Consi — Ingrid schrat bestig in ihren Größelien zusammen. Fräulein Doris steckte den Kopf zur Tür herein.

„Ach liebste Frau Ritter, ich störe wohl? Ich bitte vielmals um Entschuldigung — doch ich möchte Mama einige Bücher geben und der Bibliothekshelfer ist abgeschlossen. Dürfte ich um den Schlüssel bitten?“

Dies errösend zog Ingrid den Schlüssel aus der Tasche.

„Verzeihung, liebste Fräulein — ich habe ihn ganz in Gedanken mitgenommen! Hier ist er!“

Sie reichte dem ernst, stillen Mädchen den Schlüssel hin und wollte irgend etwas von „Röschin krank werden, selbst eingreifen müssen“ stammeln. Denn keiner ihrer Gäste wußte es, daß sie allein all die Mahlzeiten bereitete. Sie fürchtete für ihre Hochachtung und das Ansehen ihrer Sommerfröhen. Nun kam dies Mädchen hierher und sah sie mitten in voller Arbeit. Doch diesen klaren, ernstesten Augen gegenüber konnte sie nicht lügen und mochte nichts beschönigen. Sie sagte nur einfach:

„Nicht wahr, Sie vermuten nicht, daß ich dies alles mache? Leider zwingen mich die Verhältnisse dazu. Ich möchte Ihnen gern einmal alles erzählen. Aber nur Ihnen, Fräulein Doris.“

Doris sah freudig auf die junge Frau. Sie hatte sie schon längst innig lieb gewonnen und war stolz auf das Vertrauen, das sie entgegen sollte. Beschreiben antwortete sie:

„Wenn es Sie erleichtert, so können Sie mir